

Coronavirus 4
Schutzgut Umwelt

Ist Paris der Königsweg?

Merkel und Thunberg
sind sich einig

Zur Erinnerung

Frühjahr 2020

(DGr/HM) Auf den Tag genau vor sechs Monaten erkannte die Bundeskanzlerin das Coronavirus als die größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg (1).

Ungewohnt empathisch schwor sie am 18. März die *lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger auf unser gemeinsames solidarisches Handeln ein* – und kümmerte sich ansonsten gewohnt nüchtern um die Handlungsanweisungen nach Maßgabe des aktuellen wissenschaftlichen Wissensstands, föderaler Bereitschaften wie Besonderheiten – und selbstverständlich unter stillschweigender Rücksichtnahme auf politische Versäumnisse.

Wie schon vor Jahren veröffentlichte Risikoanalysen der Bundesregierung nahelegten, verursachte das Coronavirus *bei fast allen betrachteten Schutzgütern (Mensch, Volkswirtschaft und Immateriell) die größten Schäden* (2) (3) – glimpflich kam nur die Umwelt davon.

Natürlich sei das, so die allgemeine Einsicht, nicht die Klimawende – dem Klima hat es nur eine Verschnaufpause beschert, der obersten deutschen Klimaretterin aber eine bemerkenswerte Lehrstunde: offensichtlich könne man mit einer bislang wohl bewusst ignorierten *gesellschaftlichen Agilität* rechnen.

Corona, so das Neubauersche Diktum, *ist eine Blaupause* (4). Offensichtlich sei es möglich, *unsere Forderungen [...] mit demokratischen Mitteln umzusetzen* (5).

Auf ein Neues

Sommer 2020

Über sechs Monate konnte die *Bewegung, die auf Massenmobilisierung fußt* (5), die Massen nur online mobilisieren – auf die Straße geht es erst nächsten Freitag wieder, aber dann gleich global.

Was die Bewegung will, hat sie kürzlich in einem offenen Brief an die EU verdeutlicht (6), der Greta Thunberg, Luisa Neubauer et al. eine

Einladung der Bundeskanzlerin ins Bundeskanzleramt einbrachte.

Man habe mit ihr, so die Klimaaktivistinnen nach dem Treffen, die nationale, internationale und EU-Politik erörtert und sie *aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen*. Die Kanzlerin habe zugesagt, *zu versuchen mutiger zu sein* (7).

Die Pressemitteilung des Bundespresseamts notierte als zentrale Themen die angestrebte EU-Klimaneutralität bis 2050 sowie die Konkretisierung eines verschärften Zwischenziels für die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 (8).

Im Übrigen seien sich beide Seiten einig, dass die Erderwärmung eine globale Herausforderung ist, der man nur durch *die konsequente Umsetzung des Pariser Abkommens* (8) beikommen könne.

Am Freitag den **20. August 2018** demonstrierte Greta Thunberg unter dem Motto *Skolstrejk för klimatet* das erste Mal vor dem Schwedischen Reichstag. Am **20. August 2020** traf sie zusammen mit Luisa Neubauer, Anuna De Wever and Adélaïde Charlier die deutsche Bundeskanzlerin. Man habe mit ihr, so die Klimaaktivist*innen, die nationale, internationale und EU-Politik erörtert und sie *aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen*. Die Kanzlerin habe zugesagt, *zu versuchen mutiger zu sein*.

Da schlagen sie gemeinsam einen Irrweg ein.

Vorschlag zur Güte

18. September 2020

Vordergründig war Paris ein Erfolg: immerhin wollen fast 200 Staaten gemeinsam den *Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau* aufhalten, sich gar anstrengen, *den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen* und zwischen 2050 und 2100 CO₂-Neutralität erreichen (9).

Allerdings legen die Vertragsstaaten Ihre nationalen CO₂-Minderungen selbst fest, wobei das Abkommen im Rahmen eines sogenannten Pledge-and-Review-Verfahren alle fünf Jahre ein ständig ambitionierteres Engagement erwartet.



Dafür spricht nichts.

Weder wird man mit unwilligen Vertragsparteien deren Beitrag individuell aushandeln können noch hat man einen Generalschlüssel für die Verteilung der notwendigen Gesamtminderung auf die Vertragsparteien – eine Verteilung, die sachlich angemessen ist und fair aus Sicht der Vertragsparteien.

Was fehlt ist unmittelbare Gegenseitigkeit – und die verschiedenen Kontrollmechanismen des Abkommens machen das nicht wett, die Trittbrettfahrerei ist nicht aus der Welt.

Was man braucht ist ein gemeinsamer Beitrag zur Problemlösung – und das leistet am Ende nur ein ausgehandelter einheitlicher globaler Mindestpreis für CO₂-Emissionen (10).

Ein solcher Preis ist nichts anderes als die Übereinkunft der Vertragsstaaten, ihre hausgemachten Emissionen im Schnitt mindestens in Höhe des vereinbarten Preises den Emittenten in Rechnung zu stellen.

Ihnen bleibt überlassen, wie sie das handhaben, ob sie alle Emittenten über einen Kamm scheren, ob sie auf eine CO₂-Steuer setzen oder auf ein Cap-and-Trade-System. Und ihnen bleiben auch die Einnahmen und die Entscheidung über deren Verwendung.

Keinem entstehen wettbewerbliche Nachteile, alle profitieren von geringeren Minderungskosten – und wen es wirtschaftlich belastet, wird aus einem Fonds entlastet.

Wer könnte den Anfang machen, einen wohl vorbereiteten Anfang im Ockenfelschen Sinne (11)?

Vielleicht die Vereinigten Staaten, die sich am 04.11.2020 vom Pariser Abkommen verabschieden, aber nach einem Sieg Joe Bidens am 03.11.2020, wie von ihm versprochen, wieder zurück und einiges bewegen wollen (12)?

Warum nicht die EU? Anders als Fridays for Future würde die Bundeskanzlerin mit sich reden lassen.

How dare you

23.09.2019 (13)

Wer als *world leader committed [himself] to keeping the global average temperature rise to well below 2 °C, and aiming for 1.5 °C* fällt nolens volens dem interpretatorischem Regime und unversöhnlichen moralischem Rigorismus der jungen Klimaaktivist*innen anheim: *Our demands*, so Thunberg, Neubauer et al. in einem Aufsatz einen Tag vor ihrem Treffen mit Angela Merkel, *demonstrate what that commitment means* (13).

Und diese Forderungen seien nur ein Minimum dessen, was anstehe, um die Versprechen des Pariser Abkommens noch rechtzeitig einzulösen.

Klar sei, so viel zum Minimum, dass Klima- und Ökokrise *no longer can be solved within today's system* (12), dass ein *unverzögerlicher Stopp der Gewinnung und Subventionierung fossiler Brennstoffe* (13) notwendig und Ökozid vom Internationalen Gerichtshof zu ahnden sei – und dass man speziell von Deutschland den Kohleausstieg bis 2030 fordere, bis 2035 Netto-Null-Emissionen und einen hundertprozentigen Anteil der erneuerbarer Energieträger an der Energieversorgung (14).

Instrumentell ist das panische Klein-Klein, konzeptionell das Plädoyer für einen dauerhaften, von endzeitlichem Lärm wach gehaltenen Ausnahmezustand. Blind für institutionelle Zusammenhänge, geregelte Abläufe, alternative Sichtweisen, Neuerungen – unfähig, den Handlungsspielraum anzupassen, geschweige denn zu erweitern oder zu verändern. Also undemokratisch bis dorthinaus.

So hat die Klimawende keine Zukunft.

- (0) **Rechtschreibung:** Wir bevorzugen die Schreibweisen vor der Reform – mit ein paar Ausnahmen: so schreiben wir zum Beispiel *dass* statt *daß*, weil uns das Eszett bei keinem Schrifttyp gefällt. Wir verzichten darauf, die paar anderen Ausnahmen zu listen.

Zitate setzen wir *kursiv* statt in Anführungszeichen.

Bildnachweis: © Stefan Kugler/Bundesregierung

- (1) Angela Merkel: **Fernsehansprache der Bundeskanzlerin zur Coronakrise**, Pressemitteilung 100, bundesregierung.de, 18.03.2020
- (2) Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch die Bundesregierung **Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2017**, Drucksache 19/9520, dipbt.bundestag.de, 12.04.2019

Bundestag Drucksache 17/12051: **Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012**, vorgelegt als Unterrichtung durch die Bundesregierung, 03.01.2013, bundestag.de

ine Betrachtung der bisherigen Risikoanalysen erfolgte mit dem Fokus auf das jeweilige Schadensausmaß, dass durch die Analyse der betrachteten Ereignisse ermittelt wurde. Hierbei zeigte sich, dass das Ereignis „Pandemie durch Virus Modi-SARS“ bei fast allen betrachteten Schutzgütern (Mensch, Volkswirtschaft und Immateriell) die größten Schäden verursacht.

- (3) MMComments Ausgabe Nr. 251, 03. April 2020: Coronavirus 1 Schutzgut Mensch
Soziale Distanz, kognitive Dissonanz
Beobachtungen - in einem gut vorbereiteten Land?

MMComments Ausgabe Nr. 252, 20. April 2020: Coronavirus 2 Schutzgut Volkswirtschaft
„Es wird ein Danach kommen“
Beobachtungen – in einem gut vorbereiteten Land?

MMComments Ausgabe Nr. 253, 15. Mai 2020: Coronavirus 3 Schutzgut Immaterielles
Die Kanzlerin auf dem Pfad föderaler Tugend
Beobachtungen – in einem gut vorbereiteten Land?

- (4) Luisa Neubauer: **Mehr als ein Infekt: Was uns das Coronavirus lehrt**, stern.de, 12.03.2020
- (5) Luisa Neubauer: **„Kein Mensch sieht Corona-Krise als Mehrwert“**, zdf.de, 16.03.2020

- (6) Fridays for Future: **Face The Climate Emergency** Offener Brief an die EU: Der Wettlauf um die Zukunft hat begonnen, fridaysforfuture.de, 20.07.2020

Behandelt die Klimakrise wie eine Krise!

- *Unverzögerlicher Stopp der Gewinnung und Subventionierung fossiler Brennstoffe.*
- *Ökozid muss als internationales Verbrechen vor der Internationalen Strafgerichtshof geahndet werden – die EU muss sich dafür einsetzen!*
- *Treibhausgasemissionen müssen in allen Zielen und Zahlen miteinbezogen werden, inklusive dem Verbrauchsindex, bei der Luft- und Schifffahrt.*
- *Von jetzt an müssen jährliche und verbindliche CO2-Budgets erstellt werden, basierende auf wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Ergebnisse des IPCC. Sie müssen globale Gerechtigkeit, Kipppunkte und Rückkopplungsschleifen miteinbeziehen und dürfen sich nicht auf mögliche zukünftige CO2-negative Technologien verlassen.*
- *Schützt die Demokratie!*

Entwickelt Klima-Strategien, die Arbeiter*innen und die am meisten vulnerablen Menschen schützen und alle Formen von Ungleichberechtigung zu bekämpfen: Rassismus, genderbasierte Diskriminierung und sozioökonomische Benachteiligung. [...]

Wir brauchen tiefgehende und umfassende Veränderung, denn Klimagerechtigkeit kann nicht erreicht werden, solange wir Rassismus, soziale Ungerechtigkeit und Unterdrückung einfach hinnehmen.

Der Einsatz für Klimagerechtigkeit, gegen Rassismus, für Geschlechtergerechtigkeit, für die Rechte von LGBTQI und indigenen Menschen, für die Presse- und Meinungsfreiheit, für Demokratie und Menschenrechte, für Tierrechte und für ein ausgewogenes, funktionierendes, leben-unterstützendes System – alle sind miteinander verwoben.*

- (7) Jana Anzlinger: **Treffen mit Merkel: Klima-Aktivistinnen äußern sich**, sueddeutsche.de 20.08.2020
- (8) BPA: Bundeskanzlerin Merkel trifft Vertreterinnen von Fridays for Future, Pressemitteilung 286, bundesregierung.de, 20.08.2020

(9) **Übereinkommen von Paris**, Amtsblatt der Europäischen Union, eur-lex.europa.eu, 19.10.2016

(10) Eine Reihe renommierter Wirtschaftswissenschaftler favorisieren einen globalen CO2-Preis, wenngleich mit durchaus unterschiedlichen Vorstellungen, wie man ihn am besten umsetzt – unter anderem sind das: Peter Cramton, Richar N. Cooper, Stéphane Dion, Christian Gollier, Éloi Laurent, David MacKay, William Nordhaus, Axel Ockenfels, Steven Staft, Joseph E. Stiglitz, Jean Tirole, Martin L. Weitzman.

(11) Warum in der Vergangenheit entsprechende Initiativen gescheitert sind, beantworten kurz und bündig

Peter Cramton, Axel Ockenfels, and Jean Tirole: **Translating the Collective Climate Goal Into a Common Climate Commitment**, cramton.umd.edu, 20.02.2017

The likely reason for the failure of previous carbon price initiatives, as well as more than 20 years of climate negotiations, to promote serious international cooperation is that none of them have combined the three fundamental, complementary elements and principles of successful global climate policy: a collective goal, a common carbon price commitment, and reciprocity.

(12) Formal wäre das eine ganz einfache Geschichte: 30 Tage nach einem Antrag ist man wieder dabei – und der neue Präsident müsste dafür weder den Senat noch das Repräsentantenhaus befragen.

(13) Nikkei staff writers: **'How dare you'**: Transcript of Greta Thunberg's UN climate speech, asia.nikkei.com, 25.09.2019

(14) Greta Thunberg, Luisa Neubauer, Anuna De Wever and Adélaïde Charlier: **After two years of school strikes, the world is still in a state of climate crisis denial**, theguardian.com, 19.08.2020

(15) *fridaysforfuture.de*

*Die Klimakrise ist eine reale Bedrohung für die menschliche Zivilisation – die Bewältigung der Klimakrise ist die Hauptaufgabe des 21. Jahrhunderts.
Wir fordern eine Politik, die dieser Aufgabe gerecht wird.*

Fridays For Future: Das sind alle, die für unser Klima auf die Straße gehen. [...]

Warum auf eine Zukunft bauen, die bald nicht mehr lebenswert sein wird? Unsere Antwort auf diese Frage ist der Klimastreik: Wir streiken für eine wirkungsvolle Politik, die dem Ausmaß der Klimakrise gerecht wird. Wir haben zehn Jahre, um unsere Ziele zu erreichen und müssen jetzt beginnen. Auf geht's! [...]

Fridays For Future fordert die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels. Explizit fordern wir für Deutschland:

- *Nettonull 2035 erreichen*
- *Kohleausstieg bis 2030*
- *100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035 [...]*

Fridays For Future Deutschland fordert die Regierungen auf Kommunal- Landes- und Bundesebene auf, die Klimakrise als solche zu benennen und sofortige Handlungsinitiativen auf allen Ebenen zu ergreifen. [...]

Es darf nicht die alleinige Aufgabe der Jugend sein, Verantwortung für die Priorisierung des Klimaschutzes zu übernehmen. Da die Politik diese kaum wahrnimmt, sehen wir uns gezwungen, weiter zu streiken, bis gehandelt wird!